



Straßburg, 15. Dezember 2010

Inge Gräßle und Joachim Zeller (EVP/CDU):

## **EU-Beamte müssen eidesstattliche Erklärung über Geheimdiensttätigkeit abgeben**

*Ausschuss des bulgarischen Parlaments veröffentlicht Liste von Ex-  
Geheimdienstmitarbeitern im diplomatischen Dienst*

Nach der heutigen Veröffentlichung einer Liste von 192 aktiven bulgarischen Diplomaten, die früher für den kommunistischen Geheimdienst gearbeitet haben, fordern die CDU-Europaabgeordneten Inge Gräßle und Joachim Zeller die Einführung einer Überprüfung für EU-Beamte auf frühere Mitarbeit in einem Geheimdienst eines kommunistischen oder totalitären Staates, einen Vergangenheitscheck. Insbesondere die von den Mitgliedstaaten entsandten Mitarbeiter des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes müssten eidesstattlich versichern, in der Vergangenheit nicht für einen derartigen Geheimdienst gearbeitet zu haben, so Gräßle und Zeller.

"Die EU-Institutionen und vor allem das neue EU-Außenamt dürfen keine Ex-Spione in ihren Reihen haben, die im Geheimdienst eines totalitären oder diktatorischen Regimes gedient haben. Vor Amtsantritt in Brüssel müssen die aus dem Mitgliedstaaten entsandten Beamten versichern, nicht geheimdienstlich tätig gewesen zu sein", so die beiden CDU-Europaabgeordneten.

"Die EU-Institutionen dürfen die Vergangenheit ihrer Mitarbeiter nicht verdrängen", betonten Gräßle und Zeller weiter. Bei der Aufnahme der neuen EU-Mitgliedstaaten sei die teils geheimdienstliche Tätigkeit nationaler Beamter nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Ein Ausschuss des bulgarischen Parlaments hat heute die Namen von zahlreichen früheren Geheimdienstmitarbeitern veröffentlicht, die heute für den diplomatischen Dienst des Landes arbeiten. Bereits die erfolgreiche Bewerbung eines ehemaligen Securitate-Mitarbeiters für eine Stelle im Sicherheitsbereich der EU-Kommission habe unter anderem die Debatte ausgelöst, so Gräßle und Zeller.

### **Für weitere Informationen**

**Büro Inge Gräßle MdEP: Tel. +33 3881 77868**

**Büro Joachim Zeller MdEP: Tel. +33 3881 77910**

**EVP-Pressestelle, Lasse Böhm, Tel. +32 484 656 897**